



Das Gefälle zwischen arm und reich wächst

Wohnungsnot in Göttingen?

Ja, natürlich! Wer kennt diese Zumutung nicht? Oder gibt es jemanden, der meint, dass es einfach wäre, in Göttingen eine bezahlbare Wohnung zu finden?

Lässt sich die angespannte Lage verbessern? Der Bürger hat als Einzelner wenig Einfluss. Hier ist vielmehr die Kommunalpolitik gefordert!

Nahe liegt es, nach den Hintergründen dieser Preisspirale zu fragen. Finden kapitalkräftige Investoren denn keine andere Möglichkeit mehr, als ihre Gewinne aus sozial dringend benötigten Immobilien zu schöpfen? „Betongold“ ist längst der Marktrenner. Spekuliert wird mit Grundstücken und Wohnungen. Diese werden zu irrsinnig hohen Preisen gekauft in der Erwartung, künftig irrsinnig hohe Mieten verlangen zu können.

Modernisiert werden zunächst Fenster oder Wärmedämmung. Aufstockung erlaubt Fahrstühle einzubauen. Auch wenn eigentlich Instandsetzungen längst fällig wären, belastet der Vermieter den Mieter mit Kosten für Modernisierung. Gesetzlich erlaubt ist es, die Miete mit 8% der Ausbaurkosten zu erhöhen. Rechnet man einmal mit 2 Euro pro Quadratmeter, sind dies bei einer Wohnungsgröße von 50 qm 100 Euro im Monat. Monat für Monat, jahrelang! Denn wenn die Modernisierungskosten längst zurück in die Taschen des Vermieters geflossen sind, bleibt der Aufschlag auf die Miete bestehen. Werden die Mieter hier nicht mit Goldeseln verwechselt?

Im Interesse ihrer BürgerInnen könnte und sollte die Stadt Göttingen gezielt gegen dieses unsoziale Treiben vorgehen. Warum folgt Göttingen nicht auf den in Berlin, Freiburg, Leipzig und vielen anderen Städten beschrittenen Wegen? Erfolgreich wenden deren Verwaltungen bereits seit Jahren „soziale Erhaltungssatzungen“ an.

Der § 172 des deutschen Baugesetzbuches kann so genutzt werden, damit Bewohner nicht massenhaft aus ihren Wohnvierteln verdrängt werden, weil die Miete steigt. Eine Stadt muss sich nicht gefallen lassen, dass Vermieter Mieterhöhungen vorsätzlich herbei führen. Sie kann den Vermietern in diesem Zusammenhang die Erlaubnis für bauliche Veränderungen verweigern, wenn sie dadurch Mietsteigerungen verhindert. Sie kann dann ihren Genehmigungsverbehalt nutzen, um die massenweise Verdrängung von Mietern zu verhindern. Ein externes Institut kann mit einer Voruntersuchung beauftragt werden.

Genau das wäre nun auch in Zusammenhang mit den drohenden saftigen Mieterhöhungen der Adler Real Estate AG in Grone möglich gewesen - wäre es immer noch!

Mit der Mehrheit der Ratsfraktionen kann die Stadtverwaltung sich grundsätzlich vorbehalten, die von der Adler Real Estate AG im Bebauungsplan für die Aufwertung vorgesehenen Änderungen zu genehmigen. So ließe sich ohne Mühe verhindern, dass von aktuell 1000 bezahlbaren Wohnungen nach der Modernisierung nur noch 81 übrig bleiben und die übrigen Mieten unverhältnismäßig steigen.

Fehlt CDU, FDP, SPD und Grünen etwa der Mut, ihre Wirtschaftspolitik mit Augenmaß zu gestalten? Sollten ihnen die Interessen der Mieter etwa nicht so wichtig sein wie die der Investoren? WIR können es nicht nachvollziehen und STEHEN AUF.

Macht sich der Rat nicht zum Befürworter stadtferner Interessengruppen, denen eine soziale Ausgewogenheit in Göttingen egal ist und die einzig auf ihre Rendite schauen? Wie man aus einer Milliarde zwei macht, ist für uns nicht die wichtigste Frage.

Hätten die Mieter in Grone ihrem Unmut nicht so lautstark Luft gemacht, wäre diese Frage längst vergessen. Ihr Protest verdient unsere volle Sympathie. Die Erhöhung dieser Mieten gehört zweifellos auf den Prüfstand.

Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!

Macht also mit bei Aufstehen - es geht um Anliegen von Dir und mir.

Wir treffen uns einmal im Monat, aktuell am Dienstag.

Ort und Uhrzeit findet Ihr unter www.aufstehen-goettingen.de sowie auf Facebook „Aufstehen Kreis Göttingen“.